

vorstand, daß die bisher geforderten erfolgreiche Politik auch in der neuen Koalition fortgesetzt wird.

Schriftleiter Reichsch

Stell sodann einen Vortrag über die zukünftigen Aufgaben der K. S. P. Der Redner wandte sich gegen den Vorwurf, der häufig erhoben werde, daß die K. S. P. zu national und zu staatspolitisch sei, um proletarisch sein zu können. Grundfalsch sei die Auffassung, als ob der Proletarier sich nicht als Bestandteil seines Volkes fühlen dürfe. Es sei die Erfindung einer gewissen Sorte von Literaten, daß national und sozial Gegenläufe seien. Die K. S. P. sei eine unbekämpfte sozialistische Partei. Grundfalsch verneinende Einstellung in allen politischen Fragen sei aber nicht Sozialismus, und für staatliche und nationale Lebensnotwendigkeiten Verhältnis zu haben, widerspreche ebenfalls nicht dem Gedanken des Sozialismus. Ebenowenig wäre es Antisozialismus, auf die Bedeutung der Reparationsbelastung für die Arbeiterklasse hinzuweisen.

Die Sorge um das Schicksal der Arbeiterschaft war der Antrieb zur Entfaltung der K. S. P. Erklärlich ist der Widerspruch der Partei auf den besonderen schließlichen Verhältnissen. Der Boden war radikalisiert; infolge der parlamentarischen Arbeiterpartei bestand hier für die Arbeiterschaft die Möglichkeit zur Staatsführung. Da ergab sich aber ein Widerspruch: den Staat beherrschen zu wollen, ohne Staatsgewinnung zu haben. Nirgends war die Aufgabe dringender, die Arbeiterschaft mit Staatsgefühlen zu erfüllen, als in Sachsen. Im Grunde genommen bewegt sich unter dem Zwange der politischen Notwendigkeiten die Reichspartei auf der gleichen Linie. Der Unterschied ist der, daß

die K. S. P. eindeutig sich zu ihrem Tun bekennet, während die Reichspartei noch in manchen revolutionären, radikalischen Richtern schillern will.

Die Folge ist, daß ihre Zuverlässigkeit bezweifelt wird und sie nicht in den Genuss der Früchte ihrer Politik kommt, die ihr eigentlich zufallen müßten. Die Entscheidung für den Staat hat ihre Konsequenzen:

Wer für den Staat ist, muß auch für die Stärkung seiner Autorität sein. Man hat Sinn für seine große Aufgabe, die niemand ablehnend und begeistert umschreiben hat als Aufgabe. Man ist bereit, zu bestehen, was zu seiner Erhaltung und Selbstbehauptung erforderlich ist. (Die Grenze aller Opposition hat Paul Boncourr festgelegt, wie dieser auch die Frage der bewaffneten Macht beantwortet hat.)

Man hat Sinn für die Probleme seiner Außenpolitik. Man kann nicht wollen, daß man es dauernd vor der Arbeiterschaft verberge, wie sehr Deutschland seine Unabhängigkeit verloren hat.

Das Verständnis für staatliche Bedürfnisse und die Bereitwilligkeit, ihnen Rechnung zu tragen, ist eine Voraussetzung dafür, daß man zu politischem Einfluß gelangt. In dem Maße, in dem der Einfluß wächst, ist man in der Lage, geltend einzuwirken. Einmal auf seine Form: Wir sind Republikaner, echte republikanische Gesinnung besetzt und dann auf seinen Inhalt: Wir sind die soziale Partei der Republik in Frage. Der Sozialpolitiker hat der soziale Gedanke zugrunde, daß kein Volksgenosse verkommen soll. Die soziale Aufgabe des Staates hat Vorrang. Die Republik mit sozialem Inhalt muß sich naturgemäß auf die Arbeiterschaft stützen können. Das Verantwortlichkeitsgefühl für allgemeine und die Gesamtheit bewahrt sich auf politischen Gebieten als Staatsgewinnung, auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete als sozialistische Gewinnung. Es ist eine bestimmte geistige Haltung, die bereit ist, Pflichten und Opfer zu übernehmen.

Wir sind, so schloß der Redner, eine kleine Partei. Wäuben wir an unseren Verfall, als Vortrupp der Arbeiterbewegung dienen zu müssen, an ihren Verteilungskampf von kapitalistischen Besitzern des In- und Auslandes, dann braucht uns vor der Zukunft nicht bange zu sein.

Einmütig erklärte sich der Parteitag mit den Ausführungen dieses Redners einverstanden. Er nahm weiter einen Antrag an: eine Kommission einzusetzen, die den Entwurf zu einem Parteiprogramm auszuarbeiten und diesen dem Landesvorstand zur Durchberatung vorlegen soll. Ferner wurde die Schaffung einer einheitlichen Jugendorganisation für den Bereich der Partei beschlossen. Ein weiterer Antrag erstrebt den Ausbau der deutschen Sozialversicherung, besonders eine Nachprüfung des Invaliditätsbegriffs und seine Angleichung an die entsprechenden Bestimmungen der Angestelltenversicherung; ferner eine Erhöhung der Renten entsprechend der gestiegenen Lebenshaltungskosten.

Die größte Bedeutung hat der Antrag, den der Bezirk Chemnitz gestellt hat und der ebenfalls einstimmig angenommen wurde: die Partei in Zukunft K. S. P. zu nennen.

Kreisvorsitzmann Bnd gab in seinen Schlussworten der Freude darüber Ausdruck, daß der Geist der Kollegialität und der Kameradschaftlichkeit über der Logung geschwebt habe. Ueberzeugt von der Richtigkeit ihrer Ideen, trete die K. S. P. in das zweite Jahr ihres Bestehens ein. Mit einem Hoch auf die sächsische und deutsche Republik und auf die deutsche Arbeiterschaft schloß der Landesvorsitzende den Parteitag.

Der Parteivorstand wurde einstimmig wiedergewählt. An die Stelle des ausscheidenden Ministers Eisner wurde Ministerpräsident Seiditz berufen.

Der Reichstag in Ferien.

Der Schluß der Reichstagsdebatte am Sonnabend. Abg. Rube (Nat.-Soz.) nimmt den Vorlagen zu. Die darin geforderten Höhe seien ein Schutz, auf den die Bauern Anspruch hätten. — Abg. Weidenhöfer (BfL) behauptet, daß die Vorlagen in einer Zeit gefommen seien, in der das Getreide durch den Zwischenhandel schon im Preise hochgetrieben ist. Dadurch werde der Einkünfte der Kultivatoren erschwert. Der Redner behauptet, daß die Kleinbauern am Kartoffelmarkt kein Interesse hätten. Die Volkswirtschaftlichen Vorlagen würden die Interessen der Kleinbauern nicht berücksichtigen. — Abg. Fug (Komm.) bezeichnet das Vergehen der Regierungsparteien als Bauernfänger. — Abg. Rauch-Walden (Bayer. Soz.) nimmt die Bayerische Volkspartei gegen Angriffe des Bayerischen Bauernbundes in Schutz und benennt Zeugen dafür, daß er keineswegs nicht für den schweizerischen Handelsvertrag gekümmert habe. — Abg. Ludwig (Soz.) weist die in einem Zwischenruf aufgestellte Behauptung zurück, daß die Sozialdemokratie für Propaganda-Artikel zugunsten der Weltwirtschaftskonferenz 10 Millionen Mark bekommen habe. Der Redner nennt den Zwischenrufer, der sich noch nicht gemeldet habe, einen niederträchtigen Sünder und wird dafür zur Ordnung gerufen. — Abg. Eisenberger (Bayer. Bauernb.) erklärt, die Bayerische Volkspartei habe bei der Verlängerung des deutsch-französischen Handelsvertrags den bayerischen Bauerninteressen schwer geschädigt. Die Vertreter dieser Partei verhandeln von der Landwirtschaft so viel wie die Kauf von der Telegraphie.

Damit schloß die Aussprache. Es folgten die Abstimmungen, über deren Ergebnis wir bereits berichteten. Angenommen wurde dann noch der Antrag des Ausschusses für die besetzten Gebiete für Unterstützung der Gar- und Ulfahrgänger. Weiterhin fand Annahme der Antrag des Reichswirtschaftlichen Ausschusses zugunsten der Roggenpflanzbrüder, desgleichen der Antrag, die Betriebs- und Berufsberatung baldmöglichst zu wiederholen. Die vom Verkehrsministerium geforderte Verlängerung des Kottarifes für Frischobst und Gemüse wurde vom Plenum bekräftigt. In namentlicher Abstimmung wurde schließlich mit 287 gegen 143 Stimmen der Antrag der Regierungsparteien nach Änderung der Arbeitszeit in den Bäckereien endgültig angenommen.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Präsident 185c erhielt die Ermächtigung, den Reichstag am 26. September zu einer kurzen Tagung zusammenzurufen.

Um den Verrat an Schlageter.

Ein Verleumdungsprozeß gegen den Führer der „Formation Feins“.

Berlin, 9. Juli. Vor dem Einzelrichter des Amtsgerichts Berlin-Mitte, Amtsgerichtsrat Dr. Büchert, fand am Freitag ein interessanter Prozeß statt, dessen politischen Hintergrund die Zeit des Ruhrkampfes bildete. Wegen Verleumdung hatte sich der Führer der bekannten „Sabotage-Organisation Feins“, der Freikorpsführer Feins Oskar Hansen, zu verantworten, zu dessen Formation der von den Franzosen erschossene Albert Leo Schlageter gehörte. Hansen hatte in zwei Versammlungen in Berlin am 6. Oktober und 4. November v. J. betont, daß Schlageter von zwei anderen Angehörigen der Formation, den ehemaligen Hochbahn-Beamten Goetze und Schneider, verraten worden sei, und daß diese auch zwei andere Kameraden, namens Sabowski und Becker, die zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt wurden, aber inzwischen wieder beurlaubt worden sind, verraten hätten. Goetze und Schneider hätten daraufhin Feins Oskar Hansen, der bis vor kurzem der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei angehört hat, aber wegen angeblicher Spionagedienste bei der Abteilung IA aus der Partei entfernt wurde, wegen fortgesetzter Verleumdung und Verleumdung verklagt.

Hansen betonte, daß er in der Versammlung eine schriftliche Erklärung verlesen habe, daß Goetze und Schneider der Verrat an Schlageter nicht einwandfrei nachgewiesen werden könne, daß sie aber vorher Sabowski, Becker und Dammer wegen finanzieller Vorteile an die Franzosen verraten hätten. Da sie auch noch andere landesverräterische Verleumdungen an den Franzosen gehabt hätten, so könne daraus auch auf den Verrat an Schlageter geschlossen werden. Des weiteren wies er darauf hin, daß das von der Staatsanwaltschaft gegen Goetze und Schneider eingeleitete Verfahren wegen Spionage nicht mangels Beweises, sondern auf Grund des Londoner Abkommens eingestellt worden sei, demzufolge eine gerichtliche Verfolgung derjenigen Personen zu unterbleiben hat, die während des Ruhrkampfes den Franzosen Dienste geleistet haben. Zum Beweise dafür verlas er die Auskunft des Generalstaatsanwalts von Kassel, Hansen erklärte, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen erbringen zu wollen, und zwar bezüglich des Verrates an Sabowski, Becker und einem anderen Angehörigen der Formation, namens Georg Werner. Für den Verrat an Schlageter könne kein Wahrheitsbeweis angetreten werden. Als Zeugen benannte er Willy Schlie, genannt Sabowski, Georg Werner, genannt Zimmermann, an denen der Verrat verübt sein soll, sowie einen Karl Feins Hartmann. Außerdem behauptete er die Benennung von zwei Beamten der französischen Besatzungsbehörde als Zeugen in Aussicht, mit denen Goetze und Schneider finanzielle Verbindungen gehabt hätten. Von der Seite des Klägers wurde der angebotene Wahrheitsbeweis angenommen. Die Verhandlung wurde sodann vertagt und ein neuer Termin für Ende August angesetzt.

Die Kontrolle der Ostfestungen beendet.

Die Zerstörungen sind durchgeführt

Berlin, 10. Juli. Amlich wird mitgeteilt: Die Besichtigungsdirektion des Generalleutnants v. Pawels, an der auf seine Einladung der französische Kommandant Durand und der belgische Major Puling teilnahmen, hat am 8. Juli 1927 ihr Ende gefunden. Durch gemeinsames Protokoll wurde festgestellt, daß die Pariser Vereinbarung zwischen Generalleutnant v. Pawels und dem Militären Militärinspektor von Versailles vom 21. Januar 1927 über die Zerstörung von Unterständen an der deutschen Ostgrenze vollständig durchgeführt ist.

Der „Bahnschutz“ im Saargebiet.

Feindliche Fragen an die Regierungskommission.

Saarbrücken, 10. Juli. Die Deutsch-saarländische Volkspartei hat im Landesrat mehrere Anfragen an die Regierungskommission gerichtet, in denen es heißt:

1. Ist es wahr, daß die Regierungskommission im Gegensatz zu den Senfer Abmachungen über den Abzug des französischen Militärs eine Kaserne reserviert hält für durchziehende Truppen der Rheinarmee?

2. Entspricht es den Tatsachen, daß die der Regierungskommission unterstellte Bahnschutztruppe militärische Übungen in größerem Umfang unternimmt, daß z. B. Schießübungen auf den Schießständen stattfinden, daß auf dem Exerzierplatz häufige Übungen abgehalten werden, und daß Patrouillengänge bewaffneter Truppen durch die Stadt Saarbrücken erfolgen? Dieses würde der einzigen vereinbarten Aufgabe der Bahnschutztruppe widersprechen, für den Schutz der Bahn in anormalen Fällen zu sorgen.

3. Ist es richtig, daß Leutnant Amell, der bisher als Verbindungsoffizier zwischen Regierungskommission und Militärverwaltung fungiert hat, nach Abzug der Truppen zum Oberregierungsrat befördert worden ist? Diese Ernennung müßte als grober Mißbrauch der diktatorischen Gewalt der Regierungskommission betrachtet werden.

Die Gewalt Herrschaft in Memel.

Wieder eine Deutschenverhaftung.

Seydelberg, 10. Juli. Gestern mittags gegen 12 Uhr ist der Hauptkriminalkommissar der „Memelländischen Rundschau“, Walter Schell, im Hause der Schriftleitung verhaftet worden. Schell wurde am Abend wieder freigelassen.

Am 17. Juni erschien die „Memelländische Rundschau“ mit einer Jenzurkunde auf der ersten Seite, was nach dem Befehl des Kriegskommandanten für das Memelgebiet verboten ist. Ursprünglich fand an der Stelle der weißen Bänder eine Ueberschrift folgenden Wortlautes: „Waldemar ver spricht vor dem Rat Durchführung der Memelkonvention.“ Diese Ueberschrift mußte auf Anordnung des Zensors in Memel entfernt werden. Der Befehl hierzu erging aber erst, nachdem zunächst die Zeitung undenkbar die Jenzur verweigert hatte und zum großen Teil bereits gedruckt und abgetragen war. Da der Satz schon ausgedruckt genommen war, ließ sich die weiße Stelle nicht mehr mit anderem Text ausfüllen, worauf die Jenzur ausdrücklich aufmerk gemacht worden war. Trotzdem erhielt Schell einen Strafbescheid auf 500 Lit Geldstrafe bzw. 14 Tage Gefängnis. Der Strafbescheid wurde ihm in litauischer Sprache durch einen Polizeibeamten lediglich verlesen. Schell ist memelländischer Bürger.

Schwerer Uebergriff eines litauischen Polizeibeamten.

Elst, 9. Juli. Der Landwirt Ewald Schulz aus Uebermemel wurde am Montagabend auf der Chaussee von dem litauischen Polizeibeamten Koztas, der anscheinend betrunken war, angehalten, vom Rade gerissen und nach kurzem Wortwechsel mit Häuten ins Gefängnis geschlagen. Ein zweites hinzukommender Polizeibeamter hinderte Koztas nicht daran, sondern reißte ihn noch auf. Schließlich verlangten die Beamten, daß Schulz niederknien und abbluten solle. Als er sich weigerte, daß zu tun, schlug der Polizeibeamte erneut auf ihn ein. Erst auf das Bitten der hinzukommenden Frau des Koztas ließ dieser davon ab und gab Schulz nach Befreiung seiner Person frei. (Z.-U.)

Ein Einigungsentwurf der Marine-Konferenz.

Die Beschlüsse des Technischen Komitees.

Genf, 10. Juli. Der amtliche Bericht über die bisher gefassten Beschlüsse des Technischen Komitees der Marine-Konferenz ist nunmehr veröffentlicht worden. Aus der Mitteilung geht hervor, daß die Kommission im Verlaufe von neun Sitzungen zahlreiche technische Fragen über die Unter-scheidungsmerkmale und die Methoden zur Beschränkung der Kreuzer, der Zerstörer und der U-Boote erledigt hat. Im Verlaufe der Beratungen wurden einige Empfehlungen provisorischen Charakters an Händen der Konferenz angenommen. Das Komitee hat die Weiterberatung der Kreuzerfrage vertagt, um den Delegierten Zeit zu Einzelbesprechungen zu geben. In bezug auf die Zerstörer wird in dem Bericht erwähnt, daß die amerikanische Delegation ausführt, sie ziehe es vor, im jetzigen Augenblick keine endgültigen Differenzen bezüglich der Zahl und der Gesamttonnage von Schiffen dieser Klasse anzugeben. In bezug auf die Unterseeboote

wurden folgende Grundlagen angenommen: 1. Die Höchsttonnage des einzelnen Schiffes beträgt 1800 Tonnen. 2. Das Höchstalter der Schiffe wird auf 5 Josa angesetzt. 3. Die Gebrauchsdauer der U-Boote beträgt 15 Jahre. 4. Es soll keine Klasse der U-Boote von der Beschränkung ausgenommen werden. — Der Antrag der britischen Delegation, die U-Boote nach ihrer Größe in zwei Klassen einzuteilen, wurde nicht angenommen. Die japanische Delegation hat ihren ursprünglichen Antrag, alle U-Boote von unter 700 Tonnen von der Beschränkung auszunehmen, unter der Bedingung zurückgenommen, daß Japan bei der Zuteilung der Gesamttonnage dieser Schiffsklasse eine besondere Vergünstigung gewährt werde.

Im Verlaufe der Diskussion verlangte die britische Delegation 40 bis 45 große und 15 bis 20 kleinere U-Boote mit einer Gesamttonnage von 76 000 bis 81 000 Tonnen. Das Technische Komitee hat ferner gewisse Schiffsklassen, welche

der Kategorie der Ueberwasserfahrzeuge angehören, von der Beschränkung ausgenommen. Der Bericht bemerkt zum Schluß, daß die Zustimmung der amerikanischen Delegation zu den angenommenen Empfehlungen nur provisorischen Charakter habe, und daß die endgültige Stellungnahme der Delegation von den Beschlüssen abhängt, welche in bezug auf die Einschränkung der Gesamttonnage der drei Schiffskategorien und die Methoden gefaßt würden, welche den Uebergang vom Status quo zu dem endgültigen Status regeln. (Z.-U.)

Das japanische Kabinett „unbefriedigt“?

Vertagungsantrag der Japaner?

Riga, 10. Juli. Aus Tokio wird gemeldet, daß das Kabinett die Ergebnisse der Senfer Konferenz als unbefriedigt bezeichnet habe. Die japanische Delegation soll die Instruktion erhalten, einen Vertagungsantrag zu stellen. Die japanische Presse äußert sich zu der Senfer Abrüstungskonferenz, daß das Nihilismus der Konferenz daraus zurückzuführen sei, daß Frankreich und Italien nur als Beobachter teilgenommen und Deutschland und Rußland vollständig gefehlt hätten. Die Verhandlungen zwischen Amerika und England einerseits und Amerika und Japan andererseits seien nicht befruchtbar worden. Im Gegenteil hätten Verhandlungen durch die Konferenz eine Verschärfung erfahren. Die Sowjetregierung erkenne die Ergebnisse, wie sie auch sein mögen, nicht an. Sie habe ausdrücklich betont, daß sie ihre eigene Politik im Stillen Ocean verfolgen werde. Die offiziöse „Japan Times“ macht vor allem Amerika für den Mißerfolg der Konferenz verantwortlich, da Amerika außer geringes Entgegenkommen bewiesen habe.

Polen meldet russische Truppenanmärsche.

Berlin, 9. Juli. Längs der polnischen Grenze sind russische Truppenbewegungen im Gange. Sie hätten auch Vorkehrungen getroffen, um Fluchtversuche russischer Staatsangehöriger nach Polen zu verhindern.

Abschluß der Neuporher Goldkonferenz.

Der unmutvolle Inhalt der Besprechungen.

Paris, 10. Juli. Nach einer Meldung aus Neuporher sind die Verhandlungen der Gouverneure der Emissionbanken zum Abschluß gekommen. Der französische Delegierte, Ribb, hat sich bereits wieder nach Europa eingeschifft. Ueber den Inhalt der Besprechungen ist bis jetzt nichts Bekanntes geworden, doch geht aus den zahlreichen offiziellen französischen Berichten deutlich hervor, daß das Einverständnis mit den Delegierten der Bank von Frankreich doch nicht so hergalt war, wie man anfänglich behauptet hatte. Die Emissionbanken haben besonders für die massenhaften Goldkäufe der Bank von Frankreich in den letzten Wochen beraten, die bekanntlich vor allem in London starke Beforgnis erregt haben. Pariser Zeitungen schreiben dieser Tage frohlockend, die Bank von Frankreich sei in der Lage, die Bank von England zu zwingen; jetzt hänge der mächtige Brieftasche London von Paris ab, nicht Paris von London. Dagegen wird in Paris dementiert, daß die Neuporher Konferenz Beschlüsse über die Stabilisierung des französischen Franken gefaßt habe, wenn auch die Frage offenbar besprochen worden ist.

Der Kampf um die französische Wahlreform.

Paris, 10. Juli. Die Kammer hat in ihrer Sonnabend-Sitzung Artikel 1 der Wahlrechtsvorlage, der das Mehrheitswahlverfahren festsetzt, mit 395 gegen 190 Stimmen angenommen. Zuvor war ein nationalistischer Zusatzantrag, der den zweiten Wahlgang aufheben wollte, mit 215 gegen 235 Stimmen abgelehnt worden. Nicht besser erging es einem kommunistischen Zusatzantrag, wonach ein Abgeordneter nicht gleichzeitig Verwalter einer Gemeinde sein dürfe. Er wurde mit 375 gegen 78 Stimmen abgelehnt. Nach Beratung des Artikels 2, der die Erhöhung der Abgeordnetenanzahl von 580 auf 611 vorschlägt, die Wahlkreise festsetzt und die Bestimmung enthält, daß die Ausländer bei der Berechnung der maßberachteten Bevölkerung mitgezählt werden, vertagte sich die Kammer auf Montag.